

Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber, Ulrike Müller, Dr. Hans Jürgen Fahn, Dr. Karl Vetter, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Harnisch, Dr. Leopold Herz, Claudia Jung, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Manfred Pointner, Markus Reichhart, Florian Streibl, Jutta Widmann** und **Fraktion (FW)**

Das Bundesgesetz zur unterirdischen Einlagerung von Kohlendioxid (CO₂) aus Kohlekraftwerken verhindern und gefährliche CCS-Endlager von Bayern fernhalten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat und bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass das geplante Gesetz zur unterirdischen Einlagerung von Kohlendioxid (CO₂) verhindert und die CCS-Technologie mit Endlagern zur Sicherheit seiner Bürger von Bayern ferngehalten wird.

Begründung:

Die Dringlichkeit ist dadurch begründet, dass Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle und Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen am 14. Juli 2010 in Berlin die Eckpunkte des gemeinsamen Gesetzentwurfs zur Demonstration und Anwendung von Technologien zur Abscheidung, zum Transport und zur dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid (CO₂) vorgestellt haben und das Gesetz noch im Jahr 2010 verabschiedet werden soll. Das Gesetz ist nicht zustimmungspflichtig durch den Bundesrat. Deshalb muss von Bayern aus rechtzeitig Einfluss auf die Bundesregierung genommen werden.

Mit dem Gesetzentwurf hat sich die Bundesregierung für ein schrittweises Vorgehen bei der weiteren Entwicklung der Technologien entschieden. Es wird zunächst nur die Erprobung und Demonstration von Speichern mit dem Gesetzentwurf zugelassen und der Entwicklungsstand der Technologien 2017 umfassend evaluiert.

Das Gesetz soll modellhaft Rahmenbedingungen für den Transport von CO₂ in Pipelines und die anschließende Deponierung in unterirdischen Gesteinsformationen formulieren.

Das Gesetz ist überflüssig, weil schon heute absehbar ist, dass die erneuerbaren Energien den CO₂-freien Energiebedarf schneller zu 100 Prozent decken werden, als die CCS-Technologie anwendungstechnische Reife in großem Umfang erlangen kann.

Das von der Bundesregierung am 28. September 2010 beschlossene „Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung“ beinhaltet unter Punkt 2 „Weiterentwicklung zu einem flexiblen Kraftwerkspark“ einen direkten Bezug von CCS zum Neubau fossiler Kraftwerke. Seit langem ist bekannt, dass das Gesetz nach dem Willen und entsprechend der bekannten Einflussnahme der Energiekonzerne den Bau neuer Kohlekraftwerke und die Laufzeitverlängerung durch Aufrüstung alter Kohlekraftwerke rechtfertigen soll. Dies ist jedoch u.E. der falsche Weg.

Unter Punkt 3 des Energiekonzeptes „Bedeutung von CCS“ wird darauf hingewiesen, dass CCS für die deutsche Wirtschaft zukunftsträchtige Exportchancen bietet, weil viele Staaten auch in Zukunft noch auf Kohle als Energieträger setzen werden. Auch das ist u.E. der falsche und kontraproduktive Weg. Richtig dagegen ist, erneuerbare Energietechnologien zu exportieren, um auch in Schwellen- und Entwicklungsländern CO₂ erst gar nicht entstehen zu lassen.

Die Begründung für das CCS-Gesetz, die Kohle würde noch lange Zeit in zunehmendem Maß für Energiegewinnung weltweit genutzt und deshalb könne die Technologie zu einem Exportschlager für die deutsche Wirtschaft werden, stellt eine klare Abkehr von den Klimaschutzzielen dar. Dieser Argumentation spricht entgegen, dass die Kohleproduktion spätestens 2020 den Höhepunkt überschreiten und bei steigenden Preisen rasch sinken wird. Dies wird den Prozess der Umstellung auf erneuerbare Energien weltweit noch einmal beschleunigen, wie es Peak-Oil bereits bewirkt hat. Kohle hat weder wegen begrenzter Ressourcen noch wegen der CO₂-Problematik Zukunft. Anstrengungen, eine anachronistische Technologie gesetzlich und mit allergrößten finanziellen Mitteln zu stützen, laufen ins Leere.

CCS benötigt etwa ein Drittel der Energie, die ein Kohlekraftwerk erzeugt. Es müssten also allein für CCS weitere Kohlekraftwerksblöcke gebaut werden, um die gleiche Menge Strom für den Strommarkt zur Verfügung stellen zu können. Geplant ist allerdings eine Steigerung der Kohlestromproduktion ohne Rücksicht auf die Ineffizienz und den hohen CO₂-Ausstoß von Kohlekraftwerken.

Der hierfür nötige Import von Kohle auf langen Wegen aus Osteuropa und Übersee verschlechtert die Klimabilanz des gewonnenen fossilen Stroms noch einmal inakzeptabel.

Wird das tödliche Atemgift CO₂ durch einen Pipelineschaden oder durch ein Leck im Endlager freigesetzt, können Mensch und Tier in großem Ausmaß getötet oder in Mitleidenschaft gezogen werden.

Die Forschung für CCS bzw. die Förderung von Forschungsprojekten verschlingt Milliarden Euro, die besser für die Förderung von erneuerbaren Energien verwendet werden. Die Mittel sind auch dann nicht gerechtfertigt, wenn sie teilweise von der EU zur Verfügung gestellt werden.

Der Klimaschutz erfordert eine massive Einschränkung des Verbrauchs an fossilen Brennstoffen. Technologien wie CCS, die einer Verlängerung fossiler Energiegewinnung dienen, sind kontraproduktiv und deswegen nicht weiter zu verfolgen.

Eine derart langfristig angelegte Technologie ist weder von privater, noch von staatlicher Seite beherrschbar oder kontrollierbar. Falls die CCS-Technologie nicht nur in Kraftwerken, sondern auch in der Industrie (Stahl, Kalk, Zement, Chemie, Raffinerien) zum Einsatz käme, ergäbe sich ein engmaschiges Netz mit höchstem Risikopotential über ganz Deutschland.

Geologische, politische oder wirtschaftliche Verwerfungen ziehen unberechenbare Folgen für CCS nach sich. Diese werden dann – wie schon beim Atommüll unbeherrschbar – auf nachfolgende Generationen abgeschoben.

Auch in Bayern sind Standorte für Endlagererforschung im Gespräch, die vornehmlich bereits als aufgelassene Erdgas- oder Erdölstandorte bekannt sind. Es sind dies die Landkreise Amberg/Sulzbach, Weißenburg, Gunzenhausen, Augsburg, Dachau, München, Miesbach, Rosenheim, Traunstein und Mühldorf. Schon heute ist mit massiven Protestbewegungen der Bürger gegen CCS zu rechnen, falls diese Standorte weiterhin in Erwägung gezogen würden.

Aus den zahlreichen und erdrückenden Argumenten ist das CCS-Gesetz zu verhindern.